

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 2. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 11. November 2009, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

i.V. von Barbara Ostmeier

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Serpil Midyatli (SPD)

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Gerrit Koch (FDP)

Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Innenministers zur aktuellen Entwicklung und zum Hintergrund der Auseinandersetzung rivalisierender Gruppen in der Rockerszene in Schleswig-Holstein	4
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 17/17 (nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	
2. Vorstellung des neuen Ministers für Justiz, Gleichstellung und Integration Emil Schmalfuß und des Staatssekretärs Michael Dölp	5
3. Terminplanung	7
Umdruck 17/12	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

M Schlie bittet den Ausschuss, den Tagesordnungspunkt 1 nicht öffentlich zu beraten. Der Ausschuss setzt seine Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung fort.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministers zur aktuellen Entwicklung und zum Hintergrund der Auseinandersetzung rivalisierender Gruppen in der Rockerszene in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/17

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO)

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO nicht öffentlich behandelt worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des neuen Ministers für Justiz, Gleichstellung und Integration Emil Schmalfuß und des Staatssekretärs Michael Dölp

M Schmalfuß und St Dölp stellen sich den Ausschussmitgliedern vor. In diesem Zusammenhang bittet M Schmalfuß das Parlament, möglichst schnell für die Besetzung des Richterswahlausschusses zu sorgen, da eine Reihe von Neubesetzungen in der Gerichtsbarkeit zur Entscheidung anstünden.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Abg. Rother, zu Arbeitsschwerpunkten verweist M Schmalfuß auf die Bitte des Ministerpräsidenten, sich bis zu seiner Regierungserklärung in der nächsten Plenartagung in Sachfragen bedeckt zu halten. Einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit wolle er jedoch gern auf das Thema gerichtliche Mediation setzen.

Abg. Kalinka möchte wissen, ob es durch die gerichtliche Mediation am Landgericht Entlastungen gegeben habe. - M Schmalfuß antwortet, dass es zu Entlastungen für das Personal gekommen sei. Ziel müsse es jetzt sein, dass dadurch auch Kosteneinsparungen erzielt werden könnten.

Abg. Hinrichsen fragt nach den Vorstellungen des neuen Ministers auf dem Gebiet des seinem Ministerium zugeordneten Bereichs der „Gleichstellung“. M Schmalfuß betont, dass ihm dieses Thema sehr am Herzen liege. Seiner Auffassung nach gebe es auch eine Reihe von Berührungspunkten zwischen den Themen Gleichstellung, Integration und Justiz, für die sein Haus zuständig sei. Als Beispiel nennt er hierfür das Thema Jugendkriminalität.

Auf Nachfrage von Abg. Midyatli stellt M Schmalfuß klar, dass die von ihm genannten Berührungspunkte des Themas Integration mit dem Justizbereich sicher nur einen Teilaspekt des Gesamtkomplexes Integration darstellten. In seiner kurzen Amtszeit habe er noch keine Gelegenheit gehabt, sich tiefgreifend mit dem Thema Integration zu befassen. Deshalb könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine detaillierten Ausführungen zu diesem Bereich machen.

Abg. Fürter fragt nach der Fortführung der Reform der Justiz - Stichwort „Selbstverwaltung der Justiz“ - durch die neue Landesregierung. - M Schmalfuß erklärt, dass sich die Justiz in der vergangenen Zeit in Schleswig-Holstein intensiv mit dem Thema Justiz 2010 beschäftigt habe, es aber noch nicht zu einer Umsetzungsphase gekommen sei. Es werde über die bisheri-

gen Anstrengungen einen Abschlussbericht geben, damit das, was erarbeitet worden sei, nicht verloren gehe. Das Thema werde auch weiter auf der Agenda bleiben, wenn auch zunächst nicht als vordringliches Thema der neuen Regierung.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Kalinka weist M Schmalfuß darauf hin, dass das Thema jugendliche Intensivtäter ein Gegenstand seiner demnächst anberaumten Gespräche mit dem Generalstaatsanwalt Rex und der Arbeitsebene in seinem Haus sein werde.

Auf eine Frage von Abg. Dr. von Abercron teilt der Minister mit, dass die Atomaufsicht räumlich im Sozialministerium angesiedelt bleiben werde. Es gebe dort hochtechnische Einrichtungen, die nicht ohne Weiteres umziehen könnten. Er regt an, da jetzt die Fragen der Rechtsaufsicht in Atomangelegenheiten seinem Haus zugeordnet seien, auch die Zuständigkeit des Innen- und Rechtsausschusses entsprechend um dieses Thema zu erweitern.

Den Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Rother, Anfang nächsten Jahres ein Treffen im Justizministerium zu vereinbaren, um die Neuorganisation des Hauses vorzustellen, begrüßt M Schmalfuß.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Terminplanung

Umdruck 17/12

Die Sitzungstermine des Innen- und Rechtsausschusses sollen in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden. Der Ausschuss legt fest, dass seine Sitzungen in Zukunft grundsätzlich um 14:30 Uhr beginnen sollen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Des Weiteren diskutieren die Ausschussmitglieder über eine Reihe von Themenvorschlägen für die nächsten Sitzungen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin